

Pressemitteilung:

Erklärung der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten in Bremen und Bremerhaven

Patienten dürfen nicht leiden! Existenz der Praxen sichern – Explosion der Betriebskosten muss gegenfinanziert werden, sonst gehen ambulante Versorgungsstrukturen kaputt

Die Vertragsärzte und -psychotherapeuten im Land Bremen nehmen mit Wut und Unverständnis zur Kenntnis, dass die Krankenkassen den ärztlichen und psychotherapeutischen Praxen im Jahr 2023 eine „Nullrunde“ anbieten! Damit würden Praxen auf den zuletzt vom Zentralinstitut für die Kassenärztliche Versorgung in Deutschland (Zi) festgestellten horrenden Kostensteigerungen durch Inflation, Energieverknappung und Personalkosten sitzen bleiben. Und die Politik schaut zu!

Die Krankenkassen wollen die ärztlichen und psychotherapeutischen Praxen in eine „Nullrunde“ schicken, die durch die nicht kompensierten Kostensteigerungen (Energiekosten, Gehälter) für diese de facto zu einer prozentual zweistelligen Minusrunde wird, und wissen, dass dies viele Praxen, die zweifelsohne systemrelevant sind, in existenzielle Nöte führen wird. Zunehmende Wartezeiten und Ausfälle in der ambulanten Versorgung sind die Folge. Und das geht schnell, denn einige Arztgruppen haben einen weit übergroßen Anteil an Energie- und Versorgungskosten. Hier werden zuerst die Strukturen einbrechen.

Für die Finanzierung ihrer eigenen Verwaltungskosten fordern die Kassen frei nach dem Motto „Wasser predigen, aber Wein trinken“ allerdings einen Inflationsausgleich!

Die Krankenhäuser, die auf Grundlage des aktuellen gesetzlichen Rahmens einen deutlich höheren Anteil der Kostenexplosion refinanziert bekommen werden, fordern aktuell einen vollständigen Inflationsausgleich, um Einbrüche des Versorgungsangebots auszuschließen. Das fordern die niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten auch!

Wer nun den Rotstift bei den Niedergelassenen ansetzt, legt das Beil an die patientennahe ambulante Versorgung!

Für Patienten bedeutet dies, dass frühzeitige Termine in ihrer Praxis knapper bzw. unmöglich und Wege weiter werden. In manchen Fachdisziplinen werden diese alternativ den Weg in die bereits überlasteten Krankenhäuser suchen. Soll dies die Versorgung der Zukunft werden?

Die niedergelassene Ärzte- und Psychotherapeutenchaft in Bremen fordert die Krankenkassen, die Gremien der Selbstverwaltung und die Politik – allen voran Bundesgesundheitsminister Lauterbach – dazu auf, sich zu ihrer Verantwortung für die ambulante Versorgung zu bekennen: Für den Erhalt der ambulanten Versorgungsstrukturen müssen die Mehrkosten ausgeglichen werden!

***Die ärztlichen und psychotherapeutischen Berufsverbände im Land Bremen
Kassenärztliche Vereinigung Bremen
Ärztekammer Bremen
Psychotherapeutenkammer Bremen***